



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - Sondersitzung Fluglärm in Wandsbek

Termin: Montag, 04.09.2017
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:00 Uhr
Raum, Ort: Forum Alstertal, Kritenbarg 18, 22391 Hamburg

Anwesende

Vorsitz

Frau Karin Jung B 90 / DIE GRÜNEN
Herr Ingo Freund SPD

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ilse Behrens SPD
Frau Silke Bertram CDU
Frau Anke Ehlers DIE LINKE
Frau Carmen Hansch SPD
Frau Patricia Hauto SPD
Frau Dr. Ursula Martin B 90 / DIE GRÜNEN
Herr Prof. Dr. Kurt Nixdorff CDU
Herr Heinz Plezia SPD
Frau Christa Schmidt CDU
Herr Jan van der Walde-Schönfeld SPD
Herr Clamor von Trotha B 90 / DIE GRÜNEN

Mitglieder ohne Stimmrecht

Frau Brigitte Borck DIE LINKE
Frau Frauke Häger B 90 / DIE GRÜNEN
Frau Barbara Maria Kriesten SPD

Gäste

Herr Manfred Braasch
Frau Dr. Gudrun Pieroh-Joußen

BUND
Behörde für Um-
welt und Energie
(Fluglärmenschutzbe-
auftragte)
Flughafen Ham-
burg
Initiativkreis Flug-
lärm Hamburg &
Schleswig-Holstein

Herr Axel Schmidt

Herr Dr. Schwartz

Herr Dieter von Kroge

DIE LINKE

Verwaltung

Herr Dr. Michael Rauterkus

Verwaltung

Protokollführung

Herr Olaf Bertolatus

Verwaltung

Frau Carina Hansen

Verwaltung

Herr Nils Kröger

Verwaltung

Fraktion

Herr Martin Gert Mosel

Die Linke

Herr Christoph Schütte

SPD

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und Öffentliche Fragestunde 1. Teil
3. Fluglärm in Wandsbek
 - Statement der Fluglärmenschutzbeauftragten
 - Diskussion
- 3.1. Volkspetition für ein Nachtflugverbot als Bezirk Wandsbek unterstützen
Debattenantrag der Fraktion Die Linke
Drucksache: 20-4467
4. Verschiedenes
5. Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und Öffentliche Fragestunde 2. Teil

Niederschrift:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Freund eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und legt die Tagesordnung im vorgelegten Umfang fest. Er stellt folgende Referenten vor:

- Frau Dr. Pieroh-Joußen (Behörde für Umwelt und Energie) als Fluglärmschutzbeauftragte
- Herr Schmidt (Flughafen Hamburg)
- Herr Braasch (BUND)
- Herr Dr. Schwartz (Initiativkreis Fluglärm Hamburg & Schleswig-Holstein)

zu 2 Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und Öffentliche Fragestunde 1. Teil

Seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie der Ausschussmitglieder werden u.a. folgende Punkte angesprochen:

- Gesundheitsgefährdung durch Überschreitung der Grenzwerte für den Dauerschallpegel (lt. WHO)
- Beachtung der Kriterien für Siedlungsgebiete → Verpflichtung zur Gewährung von gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen über die Vorgaben für Bebauungspläne
- Umgang mit Fluglärmbeschwerden
- Betriebszeit des Flughafens bis 23 Uhr → Durchsetzen einer Nachtruhe ab 22 Uhr
- Lärm durch außerplanmäßige Arbeiten auf dem Flughafengelände → Überprüfung der Genehmigungen
- Lärmbelastung durch verkürzte Abflüge, Verspätungen und Bremsklappenlärm
- Unzureichende Umsetzung des 16-Punkte-Plans (Maßnahmenkatalog der Bürgerschaft gegen Fluglärm)
- Vermeidung von lärmintensiven Testflügen (mit Ram-Air Turbinen)
- Verbot von tiefen Anflügen
- Sicherung der Einhaltung von Bahnbenutzungsregeln auch nach 22 Uhr
- Lärmentwicklung in den letzten Jahren
- Erhöhtes Lärmaufkommen durch Ferienstarts
- Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Bundesländern
- Zusammensetzung der Fluglärmschutzkommission (FLSK)
- Häufige Begründung für verspätete Starts und Landungen durch Flugverkehrsstörungen
- Sanktionsmöglichkeiten (bspw. durch höhere Bußgelder)
- Kein Erfolg der Pünktlichkeitsoffensive
- Einhaltung der Vorgaben zu Gesundheits- und Immissionsschutz
- Gesundheitliche Auswirkung auf Kinder und Jugendliche
- Aktuelle Standorte der Lärmmessstationen
- Mögliche Positionierung der mobilen Messgeräte unter dem Landegleitpfad
- Kriterien für die Auswahl von Messpunkten
- Auswertung der Messungen (Nachvollziehbarkeit der Messwerte)

zu 3 Fluglärm in Wandsbek **- Statement der Fluglärmschutzbeauftragten** **- Diskussion**

zu 3.1 Volkspetition für ein Nachtflugverbot als Bezirk Wandsbek unterstützen Debattenantrag der Fraktion Die Linke

Frau Dr. Pieroh-Joußen (Fluglärmschutzbeauftragte) referiert anhand einer Präsentation zur Fluglärmsituation in Wandsbek. Bisherige Maßnahmen, wie beispielsweise die Pünktlichkeitsoffensive, Gebührenanhebungen oder die regelmäßigen Gespräche mit den Fluggesellschaften wie im 16-Punkte-Plan der Bürgerschaft vorgesehen, hätten noch nicht gegriffen. Man versuche derzeit, die Gründe für die Verspätungen genauer zu überprüfen. Im Rahmen der geltenden Verspätungsregelungen sei eine Verbesserung jedoch nur schwer zu erreichen. Es sei an der Politik, ggf. die Rahmenbedingungen anzupassen, um tatsächlich eine Veränderung zu erzielen. Innerhalb der bestehenden Regelungen stünden zurzeit nur begrenzte Instrumente dafür zur Verfügung. Dies betreffe auch die Durchsetzung für ein mögliches Nachtflugverbot ab 22 Uhr.

Sie erläutert bezüglich der Messungen, dass diese sich aus dem Luftverkehrsgesetz ergeben. Dort sei festgelegt, dass die Flughäfen, in Abstimmung mit der Luftverkehrsbehörde, ein Messnetz aufbauen müssen. Der Flughafen Hamburg verfüge über 13 feste und 3 mobile Messstellen, wobei die mobilen Messstellen für zwei oder drei Monate dort aufgestellt würden, wo entsprechend Bedarf bestünde. Die Ergebnisse der Messstellen, seien dann im Internet auf der Seite des Flughafens zu finden. Die Beurteilung der Werte richte sich nach dem Dauerschallpegel.

Aus ihrer Sicht sei dieser allein jedoch nicht zur Beurteilung der Fluglärmbelastung geeignet, da auch das Einzelereignis, gerade zur Nachtzeit, natürlich als besonders störend empfunden werde.

Das Fluglärmschutzgesetz werde im Moment evaluiert. In diesem Zuge habe man einige Änderungen vorgeschlagen; die Entscheidung auf Bundesebene stehe aber noch aus.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Schmidt (Flughafen Hamburg) ergänzt, dass der Flugplankoordinator in Frankfurt die Flüge der Airlines plane und für die Slotvergabe verantwortlich sei. Hamburg brauche die letzte Betriebsstunde zwischen 22 und 23 Uhr, da die meisten Ziele im Süden liegen und die Airlines somit, gemessen an Mitteldeutschland oder Süddeutschland, eine 3/4 Stunde bis 1 Stunde mehr Flugzeit benötigen würden. So entstünden auch Verspätungen nach 23 Uhr, die zu 50 % in der ersten 1/4 Stunde und 75 % bis 23:30 Uhr landen. Ambulanzflüge für die hoch spezialisierten Kliniken in Hamburg – etwa 170 nächtliche Bewegungen im Jahr – sind davon ausgenommen und haben eine generelle Ausnahmegenehmigung.

Der Flughafen Hamburg arbeite weiterhin an der Umsetzung der Pünktlichkeitsoffensive, um Verspätungen zu vermeiden. Auch für den Flughafen seien diese ein Ärgernis, an deren Verhinderung man gemeinschaftlich arbeite. Viele Verspätungen entstünden allerdings durch Rotationen, auf welche der Flughafen nur begingt Einfluss habe. Neben dem Verspätungsgrund der Tagesrotation wären auch die Gründe Wetter, Störungen des europäischen Luftraums und technische Probleme mit zu nennen.

Durch Anpassung des Landegleitpfads über Wandsbek habe man das Anschneiden und die Zwischeneinfädungen in niedriger Höhe bereits deutlich verringert.

Er erklärt, dass besonders viele Flugbewegungen zu Ferienbeginn und –ende stattfänden, da dann das Angebot der Airlines und Veranstalter sehr hoch sei. Der Flughafen richte sich von der Infrastruktur am Boden danach aus, dieses Aufkommen bewerkstelligen zu können. Bezüglich der Verteilung der Lärmmessstellen teilt er mit, dass die festen Standorte historisch gewachsen seien. Sie seien ursprünglich dafür eingesetzt worden, die Einhaltung des Flugweges zu kontrollieren. Heutzutage würden die Flugspuren über Radar erfasst. Die jeweiligen Messstellen liefern Daten zu Mittelungspegeln für den Tag und die Nacht sowohl für die Gesamtgeräusche als auch für den Fluglärm und außerdem auch Maximalpegel für verschiedene Flugzeugmuster sowie für An- und Abflüge. Die mobilen Messstandorte seien aus dem politischen Raum, der Umweltbehörde oder der Lärmschutzkommission initiiert worden. Die Ergebnisse der Messungen würden dann auch mit Messungen anderer Jahre und anderer Messstandorte verglichen. Dabei bekämen die Maximalpegel ein immer höheres Maß an Bedeutung, insbesondere auch im Hinblick auf die gesundheitliche Belastung.

Insgesamt habe sich die Gesamtlärmfläche im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten verringert. Es habe also auf lange Sicht eine Lärmreduktion stattgefunden, auch wenn es in den letzten Jahren wieder eine gewisse Steigerung gegeben habe. Es seien mittlerweile neue und leisere Triebwerksmuster entwickelt worden, welche bisher lediglich wenig eingesetzt würden. Außerdem habe man lärmverringemde Maßnahmen wie den kontinuierlichen Sinkflug vorgegeben. Natürlich müsse man diese Entwicklungen aber noch weiter voranbringen.

Herr Braasch (BUND) referiert anhand einer Präsentation zur Fluglärmsituation. In den letzten Jahren, sei eine deutliche Ausweitung des Fluglärmteppichs festzustellen. Diese Zahlen könne man auch nicht mit Daten aus den letzten Jahrzehnten vergleichen. Wichtig sei, dass man die jetzige Situation betrachte und diese verbessere.

Er kritisiert, dass die bisher getroffenen Maßnahmen, wie beispielsweise der 16-Punkte-Plan oder die Lärmschutzkommission, zwar wichtig seien, der zentrale Ansatz zur Bekämpfung des Fluglärms aber die Nachtruhe ab 22 Uhr sein müsse. Es brauche eine generelle Regelung, welche alle Betroffenen entlaste, anstatt den Lärm nur zu verschieben. Man habe sich in der Vergangenheit dafür entschieden, den Flughafen in Hamburg zu belassen und müsse dann auch einen Weg finden einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der lärmgeplagten Anwohnerinnen und Anwohnern und den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens zu schaffen. Studien hätten bereits bewiesen, dass Lärm eine gesundheitliche Belastung darstelle. Man müsse nun einen politischen Ansatz finden, um eine Verbesserung auch relativ zeitnah herbeizuführen. Die Nachtruhe ab 22 Uhr sei ein geeigneter Weg, um die Lebensqualität der Betroffenen zu steigern. Ebenso solle am Sonntag auch nicht vor 8 Uhr gestartet werden. Die Stadt Hamburg sei als Mehrheitseigner des Flughafens durchaus in der Lage hier etwas zu bewegen. Daher würde man sich sehr freuen, wenn auch die Politikerinnen und Politiker aus dem Bezirk Wandsbek die Petition politisch unterstützen. Diese werde man demnächst auch der Hamburger Bürgerschaft vorlegen und auch dort die Thematik noch einmal vortragen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Schwartz (Initiativkreis Fluglärm Hamburg & Schleswig-Holstein) referiert anhand einer Präsentation zu den Folgen des quantitativen Wachstums am innerstädtisch gelegenen Verkehrsflughafen „Helmut Schmidt“ für die Bevölkerung. Er spreche für einen Zusammenschluss aus insgesamt 8 Fluglärminitiativen aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Bereits vor dem 16-Punkte-Plan sei im Jahr 2014 ein 10-Punkte-Plan aufgestellt worden, welcher nicht ausreichend gewesen sei bzw. auch nicht ausreichend umgesetzt wurde. Und auch zur unzureichenden Wirkung des 16-Punkte-Plans sei bereits einiges gesagt worden. Er begrüße die vom Ausschuss durchgeführte Sondersitzung und die Bereitschaft, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ziel müsse sein, eine nachhaltige Belastungsreduzierung auch ohne besondere Berücksichtigung der Entwicklungsziele des Flughafens zu erreichen. Eine Steigerung der Passagierzahlen würde nämlich wiederum noch eine Steigerung des Lärms bedeuten.

Im Monat August dieses Jahres sei das Betriebsende des Flughafens von 23 Uhr nicht an einem einzigen Tag eingehalten worden. Fehlerhafte Umlaufplanungen können dabei aus seiner Sicht keine Rechtfertigung für Verspätungen darstellen.

Er kritisiert, dass gerade auch die Mitzeichner der Pünktlichkeitsoffensive gegen eben diese verstießen. Ebenfalls problematisch seien die Billigflieger, deren Anteil in den letzten Jahren, insbesondere am Hamburger Flughafen, stark zugenommen habe. Diese würden zu knapp kalkulieren und überdurchschnittlich häufig die regionalen Standards zum Lärmschutz missachten. Man fordere eine nachhaltige Belastungsreduzierung und eine umfassende Rücksichtnahme auf die Betroffenen. Diese Nachhaltigkeit könne man nur erreichen, indem man die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und umweltrelevanten Aspekte in Einklang bringe. Ein Nachtflugverbot von 22-6 Uhr sei dafür gleichzeitig verhältnismäßig und auch zielführend. Er appelliert an die Politik, die Petition des BUND zu unterstützen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Freund schlägt eine Vertagung des Antrags vor, um sich noch einmal intensiver mit der

Thematik befassen zu können.

Ergebnis:

Der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vertagt den Antrag einstimmig.

zu 4 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

zu 5 Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und Öffentliche Fragestunde 2. Teil

Seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie der Ausschussmitglieder werden u.a. folgende Punkte angesprochen:

- Studien zur Gesundheitsgefährdung (Aufwachreaktionen und Störung des Schlafs)
- Dezibel Belastung – Vergleich der 90er Jahre zu heute
- Frühere Rabattierung der Lärmzuschläge durch den Flughafen
- Erhöhung des Sitzplatzladefaktors
- Anzahl der Messstellen und Grundlage der Messdaten
- Ausgestaltung und Wirkung der Lärmzuschläge und Gebühren
- Prognose zukünftiger Passagierzahlen und die daraus resultierende Anzahl der Flugbewegungen

gez. Ingo Freund
(stellv. Vorsitzender)

Für die Niederschrift
Geschäftsstelle der Bezirksversammlung